
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DEISSLER: UKRAINISCHEN GEFLÜCHTETEN UNKOMPLIZIERTE STUDIENAUFNAHME ERMÖGLICHEN

24.03.2022

„Die Landesregierung sollte jetzt gemeinsam mit den hessischen Hochschulen die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass geflüchtete Studierende aus der Ukraine ihr Studium in Hessen schnellstmöglich aufnehmen bzw. fortsetzen können“, fordert LISA DEIßLER nach der heutigen Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, in der ein Dringlicher Berichts Antrag der Freien Demokraten zu den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf hessische Hochschulen behandelt wurde. Wie sich bei der Beantwortung des Fragenkatalogs herausstellte, hat die Landesregierung bisher keinen Überblick über den Bedarf an Studienplätzen für ukrainische Studierende an hessischen Hochschulen erhalten können. „Die Landesregierung kann zum heutigen Tag nicht einmal sagen, ob ein einziger Flüchtling aus der Ukraine an einer hessischen Hochschule weiter studieren möchte oder ob die Hochschulen bereits mit einer Vielzahl von Fragestellern konfrontiert sind. Diese Momentaufnahme wäre wichtig, um die Lage einschätzen zu können“, bedauert Deißler und unterstreicht gleichzeitig, dass allen Beteiligten klar sei, dass es keine zuverlässige Prognose geben könne, wie viele Flüchtende ihre Forschung oder Studium in Hessen tatsächlich fortführen werden. „Die Menschen, die aus der Ukraine flüchten, haben viel verloren. Wir sollten nun dafür sorgen, dass wir Ihnen nicht noch ihre Zukunft nehmen und Ihnen einen bestmöglichen Start ermöglichen und eine unkomplizierte Studienaufnahme gewährleisten.“ Hier sieht Deißler auch die Landesregierung in der Verantwortung. „Durch unbürokratische Maßnahmen wie das Ablegen von Prüfungen in englischer Sprache, die Verlängerung von Schreibzeiten oder dem Einstieg ins laufende Semester könnte eine Studienaufnahme erleichtert werden. Das Ministerium könnte den Hochschulen einen Katalog möglicher Maßnahmen an die Hand geben, der stetig mit Best Practices der

hessischen Hochschulen fortgeschrieben wird.“

Schließlich sieht Deißler Anpassungsbedarf bei den so genannten Willkommensprogrammen, die im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 vom DAAD und auch dem HMWK aufgelegt wurden. „Die aktuelle Situation ist eine andere als 2015 und die Standards von damals sind heute nicht analog anwendbar.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de